



HESSISCHER LANDTAG

19. 06. 2012

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend "Fiskalpakt" "stoppen" und Kommunen "schützen"

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag lehnt den auf europäischer Ebene vorgesehenen Fiskalpakt ab und fordert die Landesregierung auf, den Fiskalpakt im Bundesrat abzulehnen.
2. Der Landtag stellt fest, dass der Fiskalpakt die Handlungsfähigkeit der hessischen Kommunen gefährdet.
3. Der Landtag stellt fest, dass ein Spardiktat für die Mehrheit der Menschen in Europa nicht geeignet ist, die Finanzkrise zu beenden und die Ursachen der Krise zu bekämpfen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf europäischer Ebene und im Bund für eine Finanztransaktionssteuer, die Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine Anhebung des Spitzensteuersatzes einzusetzen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für ein europäisches Wachstumsprogramm einzusetzen, statt den Menschen immer neuen Kürzungsdiktate aufzubürden.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Handlungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung zu garantieren und jegliche zusätzliche Belastung der Kommunen durch den Fiskalpakt abzuwenden.

Begründung:

Der sogenannte Fiskalpakt soll die Staaten, die ihm beitreten, verpflichten, ihr strukturelles Haushaltsdefizit auf 0,5 v.H. des BIP zu begrenzen. Zusammen mit der im Grundgesetz und der Hessischen Verfassung verankerten Schuldenbremse führt dies dazu, dass auch die hessischen Kommunen endgültig unter das Diktat der Schuldenbremse geraten. Für die Bundesrepublik insgesamt würde der Fiskalpakt bedeuten, dass alle staatlichen Ebenen zusammen ein Defizit von nur noch etwa 13 Mrd. € aufweisen dürfen. Diese Regelung soll bereits 2014 wirksam werden, also deutlich früher für die Länder gelten als die Schuldenbremse des Grundgesetzes.

Eine solche Vollbremsung wird aber nicht den Stand der öffentlichen Schulden zum Stillstand bringen, sondern die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Europa. Es ist zu befürchten, dass der Fiskalpakt die Handlungsspielräume der hessischen Kommunen noch weiter einschränkt und sie zwingt, öffentliche Leistungen in bisher ungekanntem Maß zu kürzen. Die kommunale Selbstverwaltung droht unter dem Spardiktat des Fiskalpaktes endgültig Makulatur zu werden, wenn die hessischen Kommunen binnen kürzester Zeit gezwungen werden, ihre Haushalte auszugleichen. Die Folgen der Finanzkrise werden dann wieder einmal die Menschen tragen müssen, die auf einen handlungsfähigen Staat und seine Kommunen angewiesen sind.

Die brutale Sparpolitik des Fiskalpaktes gilt bereits für die Staaten, die unter den europäischen Schutzschirm gehen mussten. Deren Lage hat sich aber durch immer weitere Kürzungen der öffentlichen Ausgaben sogar noch weiter verschärft. Statt Wachstum zu schaffen, führt das Spardiktat zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrise in diesen Ländern und einer Verschlechterung der Lebensbedingungen der Menschen.

Das Spardiktat von Merkel und Sarkozy ist in Europa gescheitert.

Deshalb müssen sich die Staaten Europas auf Maßnahmen verständigen, die die Finanzmärkte regulieren und wirtschaftliches Wachstum schaffen. Die dafür notwendigen Mittel müssen in einem Steuersystem eingenommen werden, das die Umverteilung von Einkommen und Vermögen von oben nach unten wieder zum Prinzip macht.

Darüber hinaus müssen endlich die Finanzmärkte so reguliert werden, dass nicht mehr an den Märkten, sondern in den Parlamenten über die Prinzipien der Politik entschieden wird. Einen ersten Schritt stellt hierbei die Einführung einer Finanztransaktionssteuer dar. Nur so können die Ursachen der Krise bekämpft werden.

Wiesbaden, 19. Juni 2012

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen